

Leistungsbeschreibung für die Vergabe des Schülerspezialverkehrs

1. Allgemeines

Im Rahmen der vorliegenden Ausschreibung soll ein Vertragspartner ermittelt werden, der die Organisation und Durchführung der Beförderung von Schüler/innen mit besonderem Förderbedarf zum Standort der Regenbogenschule in 32694 Dörentrup-Bega, Bahnhofstr. 13 - unter Einhaltung der nachfolgend genannten Leistungs- und Qualitätsvorgaben - ab dem 02.09.2026 (erster Beförderungstag) übernimmt.

Die Fahrzeuggröße liegt bei aktuell 7 Schülern bei 9 Sitzen, der Einsatz einer Begleitperson ist erforderlich.

Die Schüler müssen nicht in der Reihenfolge des Leistungsverzeichnisses abgeholt werden; es ist jeweils die kürzeste, für die Betreuten günstigste Fahrstrecke zu wählen. Der Auftraggeber geht davon aus, dass die Hausnummer für die Kostenkalkulation nicht relevant ist. Die Hausnummern werden aus datenschutzrechtlichen Erwägungen nicht genannt.

Die Anzahl der Schüler in den Linien kann sich auch nach der Angebotsabgabe geringfügig verändern. Das Entgelt wird an die tatsächlichen km-Leistungen der Beförderung angepasst.

Schule für die die Leistungen ausgeschrieben wird:

1. Regenbogenschule, Förderschule für emotionale und soziale Entwicklung (Primarbereich) in Dörentrup-Bega, Bahnhofstraße 13.

Es wird hier die Linie 6 neu ausgeschrieben. Der Linienplan wird auftraggeberseits festgelegt (siehe Leistungsverzeichnis).

Der im Verfahren ermittelte Auftragnehmer hat die Beförderung der Schüler/innen aus den vertragsgegenständlichen Losen zu gewährleisten.

Der hier beschriebene Bereich der Beförderung zeichnet sich dadurch aus, dass er über die Dauer der Vertragslaufzeit Veränderungen unterliegt bzw. unterliegen kann, auf die der Auftraggeber keinen Einfluss hat. Anzahl und Wohnsitz sowie Behinderung der zu befördernden Schüler/innen können sich während der Vertragslaufzeit ändern. Der im Vergabeverfahren ermittelte Auftragnehmer garantiert gegenüber dem Auftraggeber, die in den jeweiligen Losen aufgeführten Schüler/innen trotz möglicher Schwankungen unter Einhaltung der in diesem Vergabeverfahren aufgestellten Voraussetzungen und Bedingungen zur Einrichtung zu befördern.

2. Fahrdienstorganisation

Folgende Voraussetzungen sind bei der Organisation und Durchführung des Fahrdienstes zwingend zu erfüllen:

1. Der Auftragnehmer erhält verbindliche Fahraufträge. Die Fahraufträge sind dem Auftragnehmer rechtzeitig vor Leistungsbeginn zu übermitteln. Der Auftragnehmer erstellt nach den Vorgaben des Auftraggebers verbindliche Fahrpläne.
2. Die Beförderung erfolgt schultäglich zu den in den Fahraufträgen angegebenen Wochentagen und zu den genannten Anfangs- und Endzeiten. Genaue Absprachen bezüglich Änderungen im Stundenplan, der schulfreien Tage etc. werden rechtzeitig direkt mit der Schule getroffen.
3. Die Ankunft der zu befördernden Schülerinnen und Schüler an der jeweiligen Schule soll frühestens 10 Minuten vor der im Fahrauftrag angegebenen Uhrzeit erfolgen. Sofern mit der Schule (Schulleitung, Schulsekretärin, Schulsozialpädagogin) keine andere Absprache getroffen wird, sind bei einer früheren Ankunft die zu befördernden Schülerinnen und Schüler im Fahrzeug zu beaufsichtigen.
4. Eine Begleitperson ist zum Teil bei der Beförderung zwingend erforderlich. Siehe Fahraufträge.

5. Die Mitnahme von anderen als im Linienführungsplan benannten Personen sowie der Einsatz von Subunternehmen, die nicht bereits im Angebot benannt sind, sind nur mit Zustimmung des Auftraggebers zulässig. Die Zustimmung kann in dringenden Fällen auch telefonisch eingeholt werden.
6. Für eventuelle Änderungsmitteilungen und wichtige Meldungen hat der Unternehmer gegenüber der Schule und dem Auftraggeber eine ständig erreichbare Telefonverbindung/Faxverbindung/E-Mailadresse zu benennen und dafür zu sorgen, dass für die Entgegennahme und Umsetzung der Nachricht unverzüglich eine kompetente Person tätig wird. Die telefonische Erreichbarkeit der Ansprechperson ist in der Zeit von 6:30 Uhr bis 17:00 Uhr (MO-FR) sicherzustellen.
7. Vor der ersten Fahrt (Schuljahresbeginn) hat der Auftragnehmer die Erziehungsberechtigten über die Beförderungszeiten und den/die Namen des Fahrpersonals zu informieren. Auch bei Änderungen in den jeweiligen Linienführungsplänen (Zu- und Abgänge) ist so zu verfahren.
8. Die Telefonnummer des Fahrpersonals oder die Geschäftsnummer des Unternehmens sind den Erziehungsberechtigten auszuhändigen, damit diese kurzfristige Änderungen (wie z.B. Erkrankung des Schülers) mitteilen können.
9. Der Auftragnehmer ist verpflichtet, auf entsprechende Änderungen des Fahrauftrages flexibel innerhalb von drei Tagen zu reagieren und eine ordnungsgemäße Beförderung nach Maßgabe dieser Vergabeunterlagen zu gewährleisten.
10. Kommt der Auftragnehmer seiner Verpflichtung nicht nach, so ist der Auftraggeber unabhängig von einem etwaigen Kündigungsgrund berechtigt, die Beförderung der Schüler auf Kosten des Auftragnehmers anderweitig durchführen zu lassen. Dadurch entstehende Mehrkosten sind vom Auftragnehmer zu übernehmen.

11. Bei der Durchführung der Leistungen sind die gesetzlichen Bestimmungen, insbesondere der StVO, der StVZO, die FZV, die FeV und der BOKraft zu beachten.

3. Anforderung an das Unternehmen/ Personal

Bei der Erbringung der Beförderungsleistung sind folgende Vorgaben zwingend zu beachten:

1. Die Beförderungsleistungen sind ausschließlich durch Unternehmer, die im Besitz einer gültigen Genehmigung zur gewerbsmäßigen Personenbeförderung gemäß Personenbeförderungsgesetz (PBefG) sind, durchzuführen.
2. Es darf nur Fahrpersonal eingesetzt werden, das eine gültige Fahrerlaubnis zur Fahrgastbeförderung nach § 48 Fahrerlaubnisverordnung (FeV) besitzt.
3. Der Auftragnehmer hat für das eingesetzte Fahrpersonal ein erweitertes polizeiliches Führungszeugnis gemäß § 30a Bundeszentralregistergesetz vorzuhalten und dieses dem Auftraggeber vorzulegen.
4. Nach Möglichkeit ist Kontinuität beim Fahrpersonal einzuhalten. Dies ist gerade für die behinderten Schüler/innen sehr wichtig. Ersatzpersonal ist vorher entsprechend einzuweisen.
5. Das Beförderungspersonal (Fahr- und Begleitpersonal) muss
 - a) ausreichend deutsch sprechen
 - b) volljährig sein
 - c) kinderfreundlich sein
 - d) körperlich und geistig in der Lage sein, Hilfestellungen zu geben und ggf. die Kinder ins bzw. aus dem Fahrzeug zu heben,
 - e) eine unvoreingenommene und positive Grundeinstellung gegenüber behinderten Menschen haben,
 - f) rücksichtsvoll mit den behinderten Menschen umgehen,

- g) nicht unter Drogen- oder Alkoholeinfluss stehen,
 - h) ein gepflegtes Erscheinungsbild haben.
 - i) zu Vertragsbeginn aktuelle Kenntnisse in Erster Hilfe
bzw. in lebensrettenden Sofortmaßnahmen haben. Die Erste-Hilfe-
Kenntnisse sind dem Auftraggeber auf Verlangen durch Vorlage einer
Teilnahmebescheinigung an einem Erste-Hilfe-Kursus nachzuweisen.
 - j) alle nach 1970 geborenen, im Fahrdienst eingesetzten Personen
müssen dem Unternehmer mindestens zwei Masernschutzimpfungen
nachweisen, oder eine ausreichende Immunität gegen Masern.
6. Ob die Qualifikation der eingesetzten Begleitperson ausreicht, entscheidet im Zweifelsfall der Auftraggeber. Entsprechende Kontrollen während der Laufzeit des Vertrages behält sich der Auftraggeber vor. Liegt ein wichtiger Grund vor, kann der Auftraggeber vom Auftragnehmer den Ausschluss eines Fahrers oder einer Begleitperson verlangen. Als wichtige Gründe gelten schwerwiegende Verstöße gegen die BOKraft sowie gegen die Bestimmungen der Beförderungsbedingungen.
7. Der Auftragnehmer hat dafür Sorge zu tragen, dass in mit zu befördernden Personen besetzten Fahrzeugen nicht geraucht wird. Dies gilt auch für die Zeit 15 Minuten vor dem Einstieg der zu befördernden Personen, sowie in den Wartebereichen an und vor den Schulen.
8. Der Auftragnehmer ist zum Datenschutz verpflichtet. Das von ihm eingesetzte Personal verpflichtet sich, über alle bei der Gelegenheit der Leistungsaufführung bekannt gewordenen personenbezogenen Daten, auch nach Beendigung des Vertragsverhältnisses, gemäß der geltenden gesetzlichen Bestimmungen (u.a. § 203 StBG und den datenschutzrechtlichen Bestimmungen des Bundes und des Landes NRW, u.a. 3.6 DSG NRW) Verschwiegenheit zu bewahren.

4. Anforderungen an die Fahrzeuge

1. Die eingesetzten Fahrzeuge müssen den gesetzlichen Anforderungen genügen und technisch einwandfrei – insbesondere Straßen- und Verkehrssicher – sein. Die Bereifung muss der Witterung entsprechen. Der Einsatz von Fahrzeugen mit Klimaanlage ist notwendig.
2. Die Bestimmungen über die Besetzung von Kraftfahrzeugen sind einzuhalten, wobei für die Anzahl der Sitzplätze die Angaben im Fahrzeugschein maßgebend sind. § 34a der Straßenverkehrszulassungsordnung (StVZO) ist zu beachten. Die Nutzung von Notsitzen ist nicht zulässig. Sämtliche Schülerinnen und Schüler sind sitzend zu befördern; die Beförderung auf Stehplätzen ist unzulässig.
3. Der Auftragnehmer hat sicherzustellen, dass die eingesetzten Fahrzeuge innerhalb der vorgeschriebenen Fristen einer amtlich anerkannten Überwachungsorganisation zur Hauptuntersuchung bzw. Sicherheitsprüfung vorgeführt werden. Etwaige festgestellte Mängel sind jeweils unverzüglich zu beheben.
4. Die eingesetzten Fahrzeuge, mit Ausnahme von Bussen, dürfen während der gesamten Vertragslaufzeit nicht älter als 10 Jahre (ab Tag der Erstzulassung) sein.
5. Die eingesetzten Fahrzeuge sind mit der jeweiligen Linien-Nummer kenntlich zu machen. Fahrzeuge, die nach ihrer Bauart und Ausrüstung für die Beförderung von mehr als 6 Personen (einschließlich Fahrer) geeignet und bestimmt sind, müssen zusätzlich durch Anbringen von Schildern entsprechend § 33 Abs. 4 BOKraft als Schulbusse gekennzeichnet sein.
6. Der Auftragnehmer setzt regelmäßig nur Fahrzeuge ein, die auf allen Fahrgastplätzen mit Sicherheitsgurten und - falls notwendig - mit geeigneten Kinderrückhalteeinrichtungen (§ 21 Abs. 1 a StVO) ausgestattet sind.
7. Die Fahrzeuge müssen sich in einem gepflegten Zustand befinden (außen und innen).

8. In dem Fahrzeug ist ein Handy mitzuführen, damit eine ständige Erreichbarkeit gegeben ist und im Notfall schnelle Hilfe angefordert werden kann. Falls für die Beförderung ein Taxi eingesetzt wird, entfällt die Handypflicht, da mit dem Taxifunk die Voraussetzungen erfüllt sind.

5. Haftung, Versicherung

Die Verantwortung für Schäden, die sich unmittelbar aus der Beförderung der Schülerinnen und Schüler und aus der Beschaffenheit und dem Zustand der Fahrzeuge ergeben, tragen ausschließlich der Auftragnehmer und seine Fahrer. Sollten im Zusammenhang damit gleichwohl Ansprüche gegen den Auftraggeber erhoben werden, so hat der Auftragnehmer diesen hiervon freizustellen.

6. Vergütung

1. Das Beförderungsentgelt ergibt sich aus einer Anlage die mit der Vertragsunterzeichnung feststeht. Es beinhaltet auch die Kosten für die Begleitperson. Abgerechnet werden die tatsächlich anfallenden Beförderungstage (= Schultage).
2. Die Abrechnung erfolgt monatlich nachträglich. Die Rechnung ist dem Eigenbetrieb Schulen des Kreises Lippe über die jeweilige Schule vorzulegen. Mit der Vergütung, die der Auftragnehmer von dem Auftraggeber für die Erbringung der Fahrleistung erhält, sind sämtliche damit verbundenen sachlichen und personellen Aufwendungen des Auftragnehmers abgegolten.
3. Der Auftraggeber verpflichtet sich, die Zahlung der vereinbarten und abgerechneten Vergütung für die erbrachte Leistung innerhalb von 15 Tagen nach Rechnungseingang bei dem Auftraggeber zu veranlassen.
4. Die Beförderungskosten können zu Beginn eines neuen Schuljahres um bis zu 6% des am bisher vertraglich fixierten Vergütungssatzes an veränderte

Kostenstrukturen angepasst werden. Ein entsprechender Nachweis für die eingetretenen Änderungen obliegt dem Vertragspartner, der zuvor die Vergütungsanpassung verlangt hat. Es sind nur Änderungen von Fahrerlohnkosten aufgrund tarifvertraglicher Regelungen und Änderungen der Kraftstoffkosten berücksichtigungsfähig.

Eine Kündigung des Vertrages außerhalb der vereinbarten Frist ist jedoch aus diesen Gründen nicht möglich.

Die Rechte gemäß § 313 BGB wegen Störung der Geschäftsgrundlage bleiben unbenommen.

5. Fallen Schultage aus schulorganisatorischen Gründen aus, ist der Unternehmer rechtzeitig (mindestens drei Schultage vorher) zu unterrichten. Ein Entgelt ist für diese Tage nicht zu zahlen. Sollte der Unternehmer nicht rechtzeitig unterrichtet werden, sind 50% des vereinbarten Entgeltes zu berechnen.
6. Fallen Schultage wegen höherer Gewalt aus (Glatteis, Unwetter, Epidemie etc.) werden für einen Zeitraum von einer Kalenderwoche (max. fünf Schultage) 70 % des vereinbarten Entgeltes gezahlt.
7. Bei einer Verkürzung bzw. Verlängerung der Kilometerleistung im laufenden Schuljahr wegen Zu- oder Abgänge von Schülern/innen bis zu 10 Kilometern pro Fahrt bleibt das vereinbarte Entgelt unverändert. Ansprüche aus Mehrleistungen sind beim Auftraggeber innerhalb von 14 Tagen anzumelden.

Bei einer Verkürzung bzw. Verlängerung der Besetztfahrtstrecke um mehr als 10 km pro Fahrt wird das Beförderungsentgelt entsprechend angepasst. Auf § 10 Abs. 2 des Vertrages wird verwiesen.

7. Vertragslaufzeit und Kündigung

Der Vertrag für die Beförderung bei den Förderschulen tritt am 02.09.2026 (erster Schultag) in Kraft und endet zum Schluss des Schuljahres 2026/2027 (letzter Schultag).

Der Auftrag kann dreimal verlängert werden, jeweils um ein weiteres Schuljahr, bis maximal 31.07.2030.

Ohne Einhaltung einer Frist kann der Vertrag aus wichtigem Grund jederzeit von jeder Vertragspartei gekündigt werden (außerordentliche Kündigung).

Ein wichtiger Grund liegt insbesondere vor,

- wenn der Auftragnehmer nicht in der Lage ist, notwendige Änderungen im Sinne von Nr. 2.9 hinsichtlich Streckenführung und Fahrplan Rechnung zu tragen,
- wenn der Auftragnehmer Fahrer ohne die erforderliche Fahrerlaubnis oder ungeeignete Fahrer gem. Nr. 3.5 oder verkehrsunsichere Fahrzeuge einsetzt,
- wenn eine Vertragspartei grob oder trotz Abmahnung wiederholt gegen Bestimmungen der Beförderungsbedingungen verstößt,
- wenn über das Vermögen des Auftragnehmers das Insolvenzverfahren oder gerichtliche Vergleichsverfahren eröffnet wird,
- wenn Schüler/innen anderen bereits bestehenden Fahrlinien zugeordnet werden können und/oder aus anderen Gründen die Fahrlinie entfallen kann,
- sollte sich während der Vertragslaufzeit herausstellen, dass der Auftragnehmer sich nicht an die Verpflichtungen in Ziff. 4.8 bezüglich der Tariflohnzahlung gehalten hat.
- wenn es schulorganisatorische Gründe gibt (z.B. Verlegung des Schulortes, Schließung einer Schule)

Kündigungen bedürfen der Schriftform.

8. Sonstiges

Der Vertrag wird wirksam mit Zugang des Auftragsschreibens, dessen Zweitausfertigung vom Auftragnehmer mit Empfangsbestätigung zurück zu senden ist.

9. Verträge mit ausländischen Auftragnehmern

Bei Auslegung des Vertrages ist ausschließlich der in deutscher Sprache abgefasste Vertragswortlaut verbindlich. Erklärungen und Verhandlungen erfolgen in deutscher Sprache. Für die Regelung der vertraglichen und außervertraglichen Beziehungen zwischen den Vertragspartnern gilt ausschließlich das Recht der Bundesrepublik Deutschland, für ein evtl. gerichtliches Verfahren das Prozessrecht der Bundesrepublik Deutschland.

10. Gerichtsstand

Als Gerichtsstand wird, soweit zulässig, Detmold vereinbart.